



Biwöchiger Abonnementpreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.
Postz. 2 Thlr. 11/4 Gr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfteligen Seite in Peitschrift 1/4 Gr.

Nr. 324. Mittag-Ausgabe.

Bierundvierziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 15. Juli 1863.

Telegraphische Nachrichten.

Triest, 13. Juli. Die mit der heutigen Überlandpost eingetroffenen Nachrichten datiren: Kalkutta, 8. Juni, Hongkong, 30. Mai, Singapore, 8. Juni, Batavia, 29. Mai. Die letzten Nachrichten aus Japan gehen bis zum 14. Mai. Der Termin zur Beantwortung des Ultimatums wurde abermals, und zwar bis 28. Mai verlängert. In Yokohama benahmen sich die Einheimischen sehr harsch gegenüber den Fremden; letztere sollen ihr Hab und Gut auf den Schiffen untergebracht haben. Ein britisches Regiment ist von Shangsan nach Yokohama abgegangen. Die japanische Regierung beauftragte den englischen Admiral, zu verstecken, falls der Krieg beschlossen sei, dies rechtzeitig fundmachen. Der Gouverneur von Kamakura hatte allen einheimischen Dienstern befohlen, die Fremden zu verlassen, und die Zufuhr von Lebensmitteln gesperrt, diese Maßregel aber auf auswärtiges Einschreiten wieder auf 30 Tage suspendirt.

Preußen.

Berlin, 14. Juli. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allerhöchst geruht: Dem Geheimen Medicinalrath und Professor Dr. Boehm zu Berlin den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Appellationsgerichts-Secretair, Rechnungsrath Carl Heinrich Koell zu Frankfurt a. D. den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Gemeindedienner Heinrich Becker zu Eifendorf im Kreise Calbe das allgemeine Ehrenzeichen, und dem Hilfsbahnhörter Hermann Eckstein bei der Verbindungsbahn zu Berlin die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Se. Majestät der König haben allerhöchst geruht: Dem Rittergutsbesitzer Theodor von Bernhardi zu Berlin die Erlaubnis zur Anlegung des von den Königs der Belgier Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des Leopold-Ordens zu ertheilen. (St.-Anz.)

[Der Cultusminister Hr. v. Mühlner] wird nach der Rückkehr des Herrn Justizministers eine Urlaubsreise antreten.

[Der Ober-Präsident von Preußen, Wirkl. Geh. Rath Dr. Eichmann] feiert Anfang August sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum.

* [Die „Kreuzzeitung“] findet es bedauerlich, daß die Regierung den „mit langer Hand vorbereitet“ statistischen Congreß „nicht vor dem Schickal bewahrt hat“, den Hrn. Geh. Rath Engel als Vorsitzenden, die Herren Schulze-Delitsch, Virchow und Lette als Vicepräsidenten und Beisitzer zu haben. Wir werden es schon noch erleben daß die „Kreuztg.“ als entschiedene Gegnerin des Ministeriums Bismarck auftritt; unter dem Ministerium Manteuffel-Westphalen haben wir ja eine ähnliche Erfahrung gemacht.

[Über die entwandten polnischen Pfandbriefe] schreibt die „B. u. S. 3.“: Es gilt in geschäftlichen Kreisen allgemein als wahrscheinlich, daß die aus der Generalschaftskasse in Warschau entwandten polnischen Pfandbriefe schon vor der Entdeckung der Entwendung veräußert waren. Es wäre dann allerdings nicht erstaunlich, wie es kommt, daß nach Bekanntmachung des Verzeichnisses der Nummern die Käufer, die in gutem Glauben sind, sich nicht melden. Selbst wenn man, wie häufig geschieht, annimmt, daß das Verzeichniß sehr ungenau und willkürlich aufgestellt worden ist, bliebe diese Zurückhaltung der Käufer noch schwer begreiflich.

[Presseprozeß]. Der § 35 des Pressegesetzes bestimmt: „Derjenige, welcher eine Druckschrift in Verlag oder Commissions-Verlag übernommen, unterliegt wegen des strafbaren Inhalts derselben in allen Fällen, wo er nicht in Gemäßheit des § 34 als Urheber oder Theilnehmer strafbar erscheint, einem Pressevergehen entfällt, einer Geldbuße bis 200 Thaler, infofern sie aber ein Presseverbrechen entfällt, einer Geldbuße von 50 bis 500 Thalern, wenn entweder a) er bei seiner ersten gerichtlichen Vernehmung den Verfasser oder Herausgeber nicht nachweist, oder b) der nachgewiesene Verfasser oder Herausgeber zur Zeit der Übernahme der Druckschrift in Verlag oder Commissionsverlag im Bereich der preußischen Gerichtsbarkeit keinen persönlichen Gerichtsstand hatte. Die für die gesamte Presse wichtige Frage, ob auch ein Zeitungsverleger auf Grund der vorstehenden Bestimmungen des Pressegesetzes neben dem verantwortlichen Redakteur für den Inhalt einer Zeitung gerichtlich verantwortlich gemacht werden kann, kam heute zum erstenmale in einem Prozeß gegen den Redakteur der „Reform“ Dr. Ed. Meyen und den Verleger der Zeitung, Buchhändler Nöhrling, vor der Pressedeputation (VI.) des Criminalgerichts zur Entscheidung. Anlaß zu diesem Prozeß hatte eine in Nr. 122 der „Reform“ veröffentlichte Ansprache des Nationalvereins an seine Mitglieder gegeben, in welcher die Staatsanwaltschaft einen Verstoß gegen den § 101 des Str.-G.-G. land. Der Redakteur Meyen hatte bei seiner verantwortlichen Vernehmung in der Voruntersuchung erklärt, daß er den Verfasser des Artikels nicht kenne und von demselben vor der Veröffentlichung auch keine Kenntnis gehabt habe. In Folge dieser Erklärung schritt auf Antrag der Staats-Anwaltschaft der Untersuchungsrichter zur Vernehmung des Verlegers Nöhrling und auch dieser erklärte, den Verfasser nicht zu kennen, bezeichnete jedoch den Redakteur als den Herausgeber. Es ist nun in solchen Fällen bisher stets nur der Redakteur aus § 37 des Pressegesetzes angestellt worden, jetzt wird die Anklage auch auf den Verleger der Zeitung ausgedehnt und die Staats-Anwaltschaft rechtfertigt diese Erweiterung der Anklage-Praxis aus dem oben mitgetheilten § 35 des Pressegesetzes. Der Angeklagte Nöhrling erklärte im heutigen Audienztermin, daß er seiner geleglichen Pflicht vollständig genügt zu haben glaube dadurch, daß er in der Voruntersuchung Dr. Meyen als den verantwortlichen Redakteur genannt habe, der als solcher zugleich als Herausgeber der Zeitung zu betrachten sei. Der Staats-Anwalt v. Schelling führte aus, daß aus den Kammertexten zum Pressegesetz hervorgehe, daß der § 35 deselben auf Verleger von Druckschriften jeder Art, also auch von cautious-pflichtigen Zeitungen Anwendung finden müsse. Der Verleger resp. Herausgeber einer Zeitung werde durch die Einsetzung eines verantwortlichen Redakteurs keineswegs frei von den ihm im Gesetze auferlegten Pflichten; der verantwortliche Redakteur habe nicht die Qualität des Herausgebers. Der Staats-Anwalt beantragte deshalb die Befragung beider Angeklagten. Der Vertheidiger Rechts-Anwalt Schwarz, widerlegte in einer längeren Rede die Ausführungen des Staats-Anwalts, und der Gerichtshof erkannte gegen Dr. Meyen auf 40 Thlr. Geldbuße, gegen den Buchhändler Nöhrling jedoch auf Freisprechung, indem er ausführte, daß aus der Entstehungsgeschichte des § 35 des Pressegesetzes hervorgehe, daß derartige Strafen nicht auf Zeitungsverleger, sondern auf Verleger von Broschüren und Werken Anwendung finden sollte. — Die Presse-Deputation des Kriminal-Gerichts verhandelte heute noch nachstehenden Pressekroß: Die Nr. 238 der „National-Zeitung“ vom 26. Mai d. J. enthält einen Auszug aus dem englischen Blatte „the Press“, welcher die kreukige Politik im Allgemeinen bespricht, und dem Ministerium u. A. vorwirkt, es rufe eine Spaltung im Innern herbei und bereite ein schweres Unglück des Vaterlandes vor. Diese beiden Sätze hatten Beranlassung zur Erhebung einer Anklage aus § 101 des Strafgesetzbuchs gegen den Redakteur der Zeitung, Dr. Zabel, gegeben, der indessen im Audienztermin nicht erschienen war. Es wurde in continuacion verhandelt, der Angeklagte vom Gerichtshof indeß freigesprochen, indem ausgeführt wurde, daß die Politik eines Ministeriums eine völlig gute und fügigmäßige sein und trotzdem Spaltungen im Innern hervorrufen könne, daß der zweite Ausdruck aber ein Urteil enthalte, welches die Grenzen der erlaubten Kritik nicht überschreite, Dr. Zabel auch bei Aufnahme des Artikels nicht in doloser Absicht sich befunden habe.

[Die Zahlungseinstellung des Hauses Theodor Behrend u. Comp.] Die „B. u. S.“ schreibt: Auch heute war das Interesse heutiger Kaufmännischer Kreise vorwaltend durch die Zahlungseinstellung des Hauses Theodor Behrend u. Comp. in Danzig in Anspruch genommen. Die Höhe der Passivmasse läßt sich noch nicht mit einiger Sicherheit feststellen, doch nimmt man mehrheitlich dieselbe zum Belaute von etwa 1½ Millionen

an. Besiegelt sind in erster Reihe englische, warschauer, danziger und berliner Häuser. Ueber die Anerbietungen, welche dem Hause Theodor Behrend und Comp. zur Verhütung der vollständigen Geschäftseinstellung gemacht sind, erfahren wir so viel, daß vier der ersten danziger Häuser einen Credit von 150.000 Thaler angeboten haben, welcher demnächst von ihnen noch bedeutend erhöht werden ist, unter dem Beding der Fortführung der Geschäfte. Die Herren Behrend haben diesen Antrag bis jetzt nicht annehmen dürfen geglaubt, haben dagegen ein Circular an ihre sämtlichen Gläubiger verbandt, in welchem sie versprechen, bis zum 17. d. M. eine genaue Übericht der Geschäftslage mitzuteilen, und zugleich die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß ein außergerichtliches Arrangement zu Stande kommen werde. Auf diese Erhoffung ist seitens der Mehrzahl der am hiesigen Orte befindlichen Häuser sofort die Antwort auf Danzig gegeben, daß man mit jedem außergerichtlichen Arrangement im Voraus sich einverstanden erlässt. Eine besondere Schwierigkeit würde die gärtliche Ordnung der Sache finden, wenn es sich bestätigte, was augenblicklich verlautet, daß warschauer Gläubiger zu ihrer Deckung auf die für Rechnung des Hauses Behrend im Königreich Polen unterwegs befindlichen Getreide mengen, welche des niedrigen Wasserstandes halber nicht fortgeschritten werden können, Beschlag gelegt hätten. Wie dem sei, die Erwartung, daß ein außergerichtliches Arrangement zu Stande kommen werde, ist eine allgemeine. Mit großer Bestimmtheit wird auch die Befürchtung, daß andere danziger Häuser, welche bei der Zahlungseinstellung leiden, gleichfalls zu Falle kommen würden, als unbegründet bezeichnet.

[Verluste der liberalen Partei.] Die feudale Correspondenz enthält folgenden Satz: „Die liberale Partei hat seit einigen Jahren schwere Verluste in ihren öffentlichen und geheimen Führern erlitten. Nach dem Prinzen Albert, dem Herzog Bernhard von Weimar, Bunsen, Cavour, Pourtales, Lewis ist vor einigen Tagen auch der ältere Baron v. Sidmar, der stille Führer und Leiter der ganzen tobinger Politik, in Coburg gestorben; dessgleichen verunglückt vor einigen Tagen einer ihrer gewandtesten Publizisten, der preuß. Gerichtsassessor Fissel in Paris.“

Stralsund, 13. Juli. [Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] werden von Putbus hierher am Mittwoch mit der „Grille“ eintreffen und mittels Extrazettel nach Semlow fahren, um dem Grafen von Behr-Negendant einen Besuch abzustatten. (Strals. 3.)

Bonn, 13. Juli. [Loebell f.] Heute früh starb der ordentliche Professor der Geschichte und Geheimen Regierung-Rath Johann Wilhelm Loebell. Er war geboren im Jahre 1786 in Berlin, studirte später in Heidelberg, dann in Berlin unter F. A. Wolf und A. Voß Philologie und Geschichte. Nachdem er eine Zeit lang als Lehrer an der Kriegsschule zu Breslau und an der Kadetten-Anstalt zu Berlin gewirkt hatte, erhielt er im Jahre 1829 einen Ruf als außerordentlicher Professor der Geschichte an die hiesige Universität, dem bereits zwei Jahre später die Ernennung zum ordentlichen Professor folgte. Seitdem hat er unausgefeist bis zum Anfange dieses Jahres hierherst als Lehrer der Geschichte (vorzüglich der alten) und deutschen Literaturgeschichte, als Schriftsteller und als Mitglied der wissenschaftlichen Prüfungs-Commission in jegenreicher Weise gewirkt. Unter seinen Schriften sind hervorzuheben: „Zur Beurtheilung des Salust“ 1818; „Die Umarbeitung der Weltgeschichte von K. F. Becker“ (5., 6., 7. Aufl. 1824 ff., 1828 ff., 1836 ff.); „Gregor von Tours und seine Zeit“, 1839; „Weltgeschichte in Umrissen und Ausführungen“, 1846 (leider nur der erste Band erschienen); „Grundzüge einer Methodik des geschichtlichen Unterrichts“, 1847; „Die Entwicklung der deutschen Poesie von Klopstock's Aufstreten bis zu Goethe's Tode“, 2 Bände, 1856—1858. Das letzte Werk war auf 5 Bände berechnet, besonders gelungen ist der zweite, nur Wieland behandelnde Band, umstreichend das Beste, was über diesen Clastier geschrieben ist.

Solingen, 12. Juli. [Bescheid.] Auf die am 11. v. M. von hiesigen Stadtverordneten an Se. Majestät den König erlassene Adresse ist gestern durch die landräthliche Behörde folgende Antwort eingegangen:

Die von Ew. Wohlgeboren und mehreren anderen Bürgern der Stadt Solingen eingefasste Interim-Berufung vom 8. v. M., worin um schlechte Wiedereinberufung des Landtages der Monarchie gebeten wird, ist aus dem Königlichen Kabinett ohne berücksichtigende allerhöchste Bestimmung an des Herrn Ministers des Innern Crellene abgegeben worden, wovon ich die Herren Einzender im Auftrage der königl. Regierung hierdurch benachrichtige. Solingen, 11. Juli 1863. Der Landrat: (gez.) Melbed. An Herrn H. W. Lang, Wohlgeboren hier.“

Deutschland.

Darmstadt. [Die 2. Kammer] hat beschlossen, den Octroy-Paragraphen der hessischen Verfassung mit folgender Beschränkung zu verhängen:

Wenn auf Grund der Schlussbestimmung des Art. 73 der Verfassung-Urkunde, wonach der Großherzog befugt ist, ohne ständische Mitwirkung in dringenden Fällen das Röthige zur Sicherheit des Staates vorzutreiben, eine Verordnung, welche ihrer Natur nach in das Gebiet der Gesetzgebung gehört, welche aber niemals die Verfassung selbst, oder ein unter ihren Schutz ausdrücklich gestelltes Gesetz, wie namentlich das Wahlgesetz, abändern, suspendieren oder aufheben darf, erlassen wird, so soll diese Verordnung, welche stets von allen Ministern zu unterschreiben ist, der alsdann gerade vereinigten Ständeversammlung, und wenn diese vorhanden, sofort in der nächsten Sitzung, oder wenn Stände nicht tagen, der nächsten Ständeversammlung sofort und spätestens innerhalb der ersten vier Wochen ihrer Dauer zur Vertheilung ihrer Zustimmung vorgelegt werden. Ist dies nicht geschehen, oder ist die Zustimmung auch nur von einer der beiden Kammern abgelehnt worden, oder ist die Zustimmung beider Kammern innerhalb dreier Monate nach dem Zusammentritt des Landtags nicht erfolgt, so verliert die Verordnung hiermit ohne Weiteres von selbst ihre Wirksamkeit, und ist dieser Umstand im Regierungsblatte bekannt zu machen. Schon bei der Verkündung solcher Verordnung ist jedesmal auszusprechen, daß sie keine längere Gültigkeit habe, wenn Vorlage auf dem nächsten Landtag, oder Zustimmung derselben immer halb in diesem Gesetze vorgeschriebenen Fristen nicht erfolge.“

Ein Amendment, daß, wenn Stände nicht tagen, solche sofort zu berufen sind, wurde gegen 16 Stimmen angenommen. — Das diese Zusätze nicht Gesetze werden, dafür wird übrigens die 1. Kammer und auch Herr v. Dalwigk sorgen.

Schweiz.

Aus der Schweiz, 8. Juli. Vorigestern begann die Bundesversammlung ihre ordentliche Session. Nationalrats-Präsident Escher erkannte gegen Dr. Zabel einen Auszug aus dem englischen Blatte „the Press“, welcher die kreukige Politik im Allgemeinen bespricht, und dem Ministerium u. A. vorwirkt, es rufe eine Spaltung im Innern herbei und bereite ein schweres Unglück des Vaterlandes vor. Diese beiden Sätze hatten Beranlassung zur Erhebung einer Anklage aus § 101 des Strafgesetzbuchs gegen den Redakteur der Zeitung, Dr. Zabel, gegeben, der indessen im Audienztermin nicht erschienen war. Es wurde in continuacion verhandelt, der Angeklagte vom Gerichtshof indeß freigesprochen, indem ausgeführt wurde, daß die Politik eines Ministeriums eine völlig gute und fügigmäßige sein und trotzdem Spaltungen im Innern hervorrufen könne, daß der zweite Ausdruck aber ein Urteil enthalte, welches die Grenzen der erlaubten Kritik nicht überschreite, Dr. Zabel auch bei Aufnahme des Artikels nicht in doloser Absicht sich befunden habe.

Der Bundesrat hält gute Wacht; er hat bereits die Regierung von Argau um einen beförderlichen Bericht über den kürzlichen Entscheid des großen Raths bezüglich der Judenfrage erucht. — Auf eine Anfrage ist dem schweizerischen Konsul in Mailand geantwortet worden, daß die Eidgenossenschaft fortfährt, von den fremden Reisenden keinerlei

Pässe noch Paßvisa zu verlangen. — Laut Vertrag des eidg. Post-Departements mit der Nordost- und Centralbahn treten mit 1. August Nachtzüge auf den Eisenbahnen ins Leben; die Eidgenossenschaft bezahlt 400 Fr. für den Kilometer der durchfahrenen Strecke. — Der 70jährige Oberst La Nicca, Urheber des Lutmanierprojekts, hat Simplon, Nusen und Grimsel untersucht, und ist dadurch in seiner Meinung vom Lutmanier nur bestärkt worden.

Die Ehrentage zum eidgenössischen Schützenfest betragen 169,136 Fr.; unter den neuesten findet man 2000 Fr. von den Schweizern in Newyork, und deutsche Spenden aus Wiesbaden, Offenbach, Göppingen.

Der große Rath von Zürich hat zum Regierungspräsidenten aufs Neue Dr. Zehnder gewählt. — Bei den luzerner Erjazwahlen in den Nationalrath haben die Liberalen ihre Candidaten Hunkeler und Theiler mit großer Mehrheit durchgesetzt.

Auf die Beschwerde der österreichischen Regierung, daß im Canton Tessin mazzinistische Unruhen mit der Absicht eines Einfalls in Südtirol stattfinden, hat die tessinische Regierung eine sehr einlässliche Untersuchung angeordnet, wobei sich herausstellte, daß im Canton gar nichts derartiges bemerkte, und daß die Behauptung von Waffenstendenzen auf einer Verwechslung, eben so auch die Behauptung von einer großen Creditertheilung durch die tessinische Bank auf Unwahrheit beruht. Es wird der öster. Regierung hieron Kenntnis gegeben. (N. 3.)

Über die Arbeiten des Ingenieurs Bauer zur Hebung des Damypfers „Ludwig“ geht der „Koburger Zeitung“ von wohlunterrichteter Seite folgende Mittheilung aus Korsach vom 7. Juli zu:

Gestern Mittag traf ich hier ein und fuhr am Nachmittage nach der Arbeitsstelle des Herrn Bauer, welche 6000 Schritt von hier auf Lindau, also nahe der Rheinquelle, gelegen ist. Ich bemerkte zwei unter einander verbundene Arbeitsstühle mit ihren Dampfmaschinen und Taucherapparaten und dazwischen eine Anzahl Ballons und Fässer, welche fast mit ihrem ganzen Volumen über dem Niveau hervorstanden. Den „Ludwig“ selbst entdeckte ich an den Fenstern seines Radlastens, 3—4 Fuß unter dem Wasserspiegel. Das ganze System befand sich bei meiner Ankunft an dem Schleppstiel eines Dampfers, welcher eifrig schaukelte, aber nicht vorwärts kam. Herr Bauer erklärte die Situation dahin, daß der „Ludwig“ von 73 Fuß gebogen und zugleich vorwärts bewegt worden sei an die Stelle von 18 Fuß Tiefe, wo er sich augenblicklich befindet. Nun gelte es, die Kameele unterzulegen. Dies sei die Arbeit seit zwei Tagen, aber ein Steinhaufen vor dem Kiel hätte alle Anstrengungen des Tauchers bereitet, und so bleibe nichts übrig, als die Ballons, welche jetzt über dem Niveau wären und nichts mehr trügen, auszupumpen, sie dann tiefer zu befestigen und von neuem anzufüllen. Dadurch würde das Schiff so weit gehoben, daß jener Steinhaufen den Kameelen kein Hindernis mehr bieten könnte. Über diesen Arbeiten war ein Dampfschiff mit Büchern herangekommen, und sofort fuhr der Gedanke Herrn Bauer durch den Kopf, den „Ludwig“ durch diesen Dampfer eine Strecke schleppen zu lassen, um in ein klareres und weniger unruhiges Wasser zu gelangen, wodurch die Arbeit des Tauchers sehr erleichtert haben würde. Nun waren aber zwei Ballons vom hinteren Theil an das Bugstück versetzt worden, als es darum handelte, die Kameele unter das Borderteil zu schieben. Die Folge also war, daß der „Ludwig“ hinten fest aufsäß und dieses kleine Unternehmen mit dem Remorqueur (Bugfrachschiff) daher scheiterte. Über die Arbeiten der letzten Tage erfuhr ich danach folgendes Genauere: Am 17ten Juni begann die Arbeit, aber das stürmische Wetter verzögerte sie, so daß erst am 26. bis 28. Juni die Ballons befestigt werden konnten. Es galt hier den größten Widerstand zu überwinden, nämlich die Adhäsion des Kiels an den Boden, mit dem er seit zwei Jahren verbunden war. Sobald der Kiel frei war, schnellte die überflüssige Hebelkraft das Schiff mit solcher Geschwindigkeit nach oben, daß es um 5 Fuß mit einem großen Wasserberg über den Spiegel herausprang und eine Sekunde lang in seiner ganzen Ausdehnung dem Auge des überraschten Bauer sichtbar war. Dann fiel es zurück und zerriss zum Ballonhafen — ein Sturm kam dazu, und so schien es das Beste, das Schiff wieder langsam auf den Grund zu lassen. Dies geschah am 28. Juni. Bis zum 3. Juli waren die Ballons abermals befestigt, von 10½ bis 11½ Uhr wurden sie vollgepumpt, und nun erfolgte eine ganz allmähliche Heraufbewegung. Herr Bauer sagte, er hätte nie etwas Schöneres gesehen. Gleichzeitig mit der Bewegung nach oben wurde der „Ludwig“ durch das Schleppschiff nach vorwärts gezogen und somit von einer Länge von 73 Fuß auf seine jetzige Stelle von 18 Fuß versetzt. Alles dies in der Zeit von 20 Minuten. Es sind dies, wie erwähnt, die Ereignisse des 3. Juli. Heute, am 7. Juli, beschäftigt sich Herr Bauer mit der Vertheilung der Ballons und Hebung des „Ludwig“, so weit als es für die Kameele notwendig ist. Bleibt das Wetter günstig, so hofft er die letzteren morgen oder übermorgen befestigt und aufgepumpt zu haben und dann ohne jedes Hindernis in den Hafen von Korsach einzulaufen. Er wählt dabei einen Weg, welcher an keiner Stelle über 18 Fuß Tiefe bietet, so daß im Falle einer Widerwärtigkeit die Taucher immer leichte Arbeit haben. Das Interesse an dem Unternehmen ist außerordentlich groß, täglich fahren 4—500 Menschen zur Besichtigung hinaus.

Niederlande.

St. Petersburg, 10. Juli. [Über die Auflehnung im Kaukasus] enthalten die russischen Blätter bis jetzt nur noch spärliche Berichte; der in Tif

